

Protokoll
Vorstandssitzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
17.01.2013 (letzte Sitzung: 12.12.2012)

Ort	Arbeiterkammer Wien Konferenzsaal	
Beginn	11:10 Uhr 12:30 Uhr	
TeilnehmerInnen Vorstandsmitglieder:	Tumpel Präs (Vorsitz) Kaske VP Kollermann VP Stein VP Utzig VP Blauensteiner Brantner Fetik Foglar (entschuldigt) Kniezanrek Ledwinka Stranzl Teiber Kludak Pöttl Tamandl Rösch (entschuldigt) Schütz Paiha	
Beratend	Muhm Dir Aschauer-Nagl BL Ficzko BL (entschuldigt) Chaloupek BL Kundtner DirStv Trenner BL (entschuldigt)	
Vom Büro	Stockerer (Betriebsrat) Blum Marcon (Betriebsrat) (entschuldigt) Mitterlehner (entschuldigt) Mulley (Protokoll)	

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 17.01.2013

- 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12.12.2012**
- 2 Beschlüsse**
 - 2.1 Subvention 2013
 - 2.2 Mitgliedsbeiträge 2013
 - 2.3 Zuwendung an BR-Fonds 2013
 - 2.4 Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen 2013
 - 2.5 Änderungen in den Ausschüssen
 - 2.6 Änderungen in den Fachausschüssen
- 3 Berichte**
 - 3.1 Bericht des Präsidenten – Tumpel**
 - 3.2 Bericht des Direktors – Muhm**
 - 3.3.1 Arbeitsprogramm 2013 - Schwerpunkte
 - 3.3.2 Aktueller Bericht
 - 3.3 Beratung – Trenner**
 - 3.3.3 Strafrechtsschutz
 - 3.3.4 Aktueller Bericht
 - 3.4 Bildung – Aschauer-Nagl**
 - 3.4.1 Internationaler Bildungsvergleich TIMSS & PIRLS
 - 3.4.2 3. Enquete Zukunft trotz(t) Herkunft – Ganztagschule
 - 3.4.3 Bildungs- und Berufsinformationstage L14 2012
 - 3.4.4 Elterninfoabende: 14 – was nun?
 - 3.4.5 Projekte für MigrantInnen im Bildungsbereich
 - 3.4.6 Kooperationsveranstaltung mit Ombudsstelle für Studierende
 - 3.4.7 Weiterentwicklung der Parkraumbewirtschaftung
 - 3.4.8 Wiener Budgetvoranschlag 2013
 - 3.4.9 Regulatorische Maßnahmen um Netzneutralität abzusichern
 - 3.4.10 Kondition für Ratenkauf
 - 3.4.11 Aktueller Bericht
 - 3.5 Information - Ficzko**
 - 3.5.1 37. GEDIFO Plenum
 - 3.5.2 Aktueller Bericht
 - 3.6 Soziales – Kundtner**
 - 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – Dezember 2012
 - 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – November 2012
 - 3.6.3 Qualifikationsplan Wien 2020
 - 3.6.4 Veranstaltungen
 - 3.6.5 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft – Chaloupek

3.7.1 Die aktuelle WIFO-Prognose für Österreich

3.7.2 Ergebnisse des Europäischen Rates vom 13./14. Dezember 2012

3.7.3 Neuerungen bei der steuerlichen Pendlerförderung

3.7.4 Fahrplanwechsel: Verbesserungen für die einen dürfen nicht zu Verschlechterungen für die anderen führen

3.7.5 Ab 2013 bessere KonsumentInnen-Rechte für BahnpendlerInnen

3.7.6 AK-Treibstoff- und Heizölpreisanalyse

3.7.7 Thermische Gebäudesanierung

3.7.8 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Tumpel begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung.

Beschluss:

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 17.01.2013 wird genehmigt.

⇒ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12.12.2012

Tumpel ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12.12.2012.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 12.12.2012 wird genehmigt.

⇒ einstimmig angenommen

Richtigstellung des Protokollführers zum Protokoll vom 12.12.2012: Auf Seite 13 hat sich ein sinnverfälschender Fehler eingeschlichen, der richtiggestellt werden muss: Paiha zeigt sich nicht skeptisch gegenüber der Beteiligung von Personen im Beteiligungsverfahren Stadtplanung, sondern kann vielmehr die in der Unterlage genannte Skepsis der AK bzgl Teilnahme durch das Internet nicht teilen. Sie sieht vielmehr in der Bürgerteilung durch das I-net zumindest eine Möglichkeit zur Steigerung der Bürgerbeteiligung. Das Protokoll ist dementsprechend richtig zu stellen.

2 Beschlüsse

2.1 Subventionen 2013

Beschluss:				
Der Vorstand beschließt die Subventionen für das Jahr 2013 wie folgt:				
Nr	Antragsteller	gefördert 2012	neuer Antrag 2013	Beschluss
1	Jugend am Werk	72.500,00 €	72.500,00 €	72.500,00 €
Auszahlung erfolgt in 2 Raten: 50% im Jänner 2013 50% im Juli 2013				
Nr	Antragsteller	gefördert 2011	neuer Antrag 2012 oder 2013	Beschluss
2	Österr Jugendherbergsverband Landesgruppe Wien	2.200,00 €	2.200,00 €	2.200,00 € für 2013
⇒ einstimmig angenommen				

2.2 Mitgliedsbeiträge 2013

Beschluss: Der Vorstand beschließt die Mitgliedsbeiträge für das Jahr 2013 wie folgt:				
Nr	Organisation	Beitrag für 2012	Beitrag für 2013	Beschluss
1	TU Delft – Technical University Delft	240,00 €	252,00 €	252,00 €
⇒ einstimmig angenommen				

2.3 Zuwendung an den Betriebsrats-Fonds 2013

Der Betriebsrat der AK Wien hat um Zuwendung an den BR-Fonds ersucht.

Für das Jahr 2013 wurde zwischen Kammerleitung und Betriebsrat vereinbart, dass die Zuwendung folgendermaßen abgegolten wird:

Beschluss:		
BR Körperschaft	Zuwendung für das Jahr 2012	Zuwendung für das Jahr 2013
AK Wien (Grundförderung, Kultur, Sport, Ang. Bibliothek)	45.000,00 €	50.000,00 €
Die Auszahlung erfolgt in 2 Teilbeträgen: 25.000 Euro im Jänner 2013 25.000 Euro im Juli 2013		
Der Betrag von jeweils € 50.000,- wurde für die Jahre 2013 bis 2015 vereinbart.		
⇒ einstimmig angenommen		

2.4 Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen 2013

Tamandl fragt, ob die Differenz der gegenüber dem Voranschlag 2012 zu den höheren Einnahmen aus Kammerumlagen 2012 nicht zu einer Nachzahlung in Bereich der Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen führen müsste, was von Muhm mit den Hinweisen, dass die Höhe der Fraktionssubventionen immer nach dem Voranschlag berechnet und ausbezahlt wurden, bei höheren Einnahmen als es im Voranschlag budgetiert wurde, kam es noch nie zu einer Nachzahlung an Fraktionen, zumal die AK Wien mit 2,5 % ohnehin die höchsten Fraktionszuwendungen aller Arbeiterkammern gewährt.

Beschluss:	
Lt Voranschlag 2013 beträgt die Summe der Einnahmen aus Kammerumlagen	92.500.000,00 €
davon 2,5 %	2.312.500,00 €

Wahlwerbende Gruppe	Wahlergebnis in %	Unterstützung 2013
FSG	56,40	1.304.250,00 €
ÖAAB	14,29	330.456,25 €
FA	12,33	285.131,25 €
AUGE/UG	7,21	166.731,25 €
GA	3,57	82.556,25 €
Persp	1,72	39.775,00 €
BM	0,87	20.118,75 €
GLB	0,85	19.656,25 €
TÜRKIS	0,82	18.962,50 €
KOMINT	0,73	16.881,25 €
BDFA	0,71	16.418,75 €
Die Auszahlung erfolgt in 2 Teilbeträgen: 50 % im März 2013 50 % im September 2013		
→ einstimmig angenommen		

2.5 Änderungen in den Ausschüssen

<u>Beschluss:</u>			
Der Vorstand beschließt folgende Änderungen in den Ausschüssen:			
Ausschuss 11			
Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik			
neues Ersatzmitglied	Hartl Natascha	FSG	anstelle: Bacher-Lagler Norbert
→ einstimmig angenommen			

2.5 Änderungen in den Fachausschüssen

<u>Beschluss:</u>	
Der Vorstand beschließt folgende Änderungen in den Fachausschüssen:	
Bedienstete der Privatkrankenanstalten u konf Einrichtungen (VIDA)	
<u>Mitglied neu</u>	<u>Mitglied ausgeschieden</u>
Schröding Barbara - K	Klair Alfred - K

Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereiniger (VIDA)

Vorsitzende neu

Rosensteiner Monika

1. Vorsitzender-Stv neu

Trübitz Max

2. Vorsitzender-Stv neu

Jascha Ferdinand

Mitglied neu

Ettenuaer Gertrude

Haim Michael - K

Ersatzmitglied neu

Foral Minira

Kaipl Birgit

Vorsitzender ausgeschieden

Suchanek Johann

1. Vorsitzender-Stv ausgeschieden

Knie Charlotte (bleibt als Mitglied)

2. Vorsitzender-Stv ausgeschieden

Rosensteiner Monika

Mitglied ausgeschieden

Woditschka Ursula - K

Ersatzmitglied ausgeschieden

Djordjevic Milan

Ettenuaer Gertrude

Pals Christine

HausbesorgerInnen und HausbetreuerInnen (VIDA)

Mitglied neu

Frint Karl

Kyncl Albert - K

Ersatzmitglied neu

Bulis Elisabeth

Dubisar Rudolf

Lang Franz

Thomasberger Robert

Mitglied ausgeschieden

Koch Marlene

Woditschka Ursula - K

Ersatzmitglied ausgeschieden

Gollner Andreas

Groher Wolfgang

Holzweber Klaudia

Kieser Alexander

Milojkovic Jovica

Sandhacker Rosa

Soziale Dienste (VIDA)

Mitglied neu

Schröding Barbara - K

Schulz Vladanka

Mitglied ausgeschieden

Altmann Margot

Guglberger Michaela - K

Heime, Internate (VIDA)

Mitglied neu

Schröding Barbara - K

Szabo Robert

Zahirovic Dzemil

Zimmermann Robert

Ersatzmitglied neu

Buchl-Breuer Monika

Kornberger Michael

Pattart Birgit

Sautter Michele

Wieninger Herbert

Mitglied ausgeschieden

Breinsperger Willibald

Guglberger Michaela - K

Kolm Franz

Rubitzko Johann

Ersatzmitglied ausgeschieden

Nikic Dragica

Rohrmoser Gereon

Schopf Gerald

Szabo Robert

Tischler Andrea

Zimmermann Robert

Fleischer (PRO-GE)

Mitglied neu

Messeritsch David

Ersatzmitglied neu

Mitglied ausgeschieden

Szabo Christian

Ersatzmitglied ausgeschieden

Lackner Michael	Lehner Herbert
Nagy Walter	Messeritsch David
Watzer Hermann	Schuster Franz
Bäcker (PRO-GE)	
<u>2. Vorsitzender-Stv. ausgeschieden</u>	
Lindner Walter	
<u>Mitglied neu</u>	<u>Mitglied ausgeschieden</u>
Koc Balduk	Vargason Wolfgang
Lindner Walter - K	
Mechaniker (PRO-GE)	
<u>Vorsitzender neu</u>	<u>Vorsitzender ausgeschieden</u>
Linke Wolfgang	Schmoll Wilhelm
<u>Vorsitzender-Stv. neu</u>	<u>Vorsitzender-Stv. ausgeschieden</u>
Schmoll Wilhelm	Linke Wolfgang
⇒ einstimmig angenommen	

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten

Tumpel weist einleitend darauf hin, dass die derzeit überproportional hohe Steigerung der Preis von Gütern des täglichen Bedarfs große Sorge bereitet, da sie die an sich sehr guten Kollektivvertragsabschlüsse des letzten Jahres weitgehend egalisiert. Die Situation am Arbeitsmarkt ist durch eine steigende Anzahl von Arbeitssuchenden bei gleichzeitiger Zunahme der Beschäftigten gekennzeichnet, doch gilt die Zunahme der Beschäftigten nur für Teilzeitarbeitskräfte und nicht für Vollzeitarbeitskräfte. Die Situation ist somit nicht befriedigend. In Österreich sollen deshalb 150 Millionen mehr für eine aktive Arbeitsmarktpolitik verwendet werden. Damit sollen Ausbildungs- und Unterstützungsmaßnahmen finanziert werden, die die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen, Menschen mit schlechter Berufsausbildung und gesundheitlich beeinträchtigten ArbeitnehmerInnen abfedern sollen. Wichtig ist auch, in soziale Dienste wie den Ausbau der Kindergärten, die Pflege und den sozialen Wohnbau, insbesondere in die thermische Sanierung, zu investieren, das ist ein Beschäftigungsmotor, der auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich verbessert. In Hinblick darauf werden sich auch die Sozialpartner 2013 in Bad Ischl mit „Investitionen in die Zukunft“ beschäftigen.

⇒ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht des Direktors - Muhm

Muhm weist in Bezugnahme auf das vorliegende Arbeitsprogramm auf die vier Leitthemenfelder ("Mehr Chancengleichheit durch Bildungsreform", "Investiver und produktiver Sozialstaat", "Konsequenzen aus der Krise" und "Qualität der Arbeit") hin, und berichtet die Vorhaben aus dem Zentralbereich: Umsetzung der Handlungsempfehlungen des BAK Projekts „Netzwerk Gerechtigkeit - faire Gesellschaft“, Durchführung der BAK-Kampagne 2013, Relaunch des AK Portals, die Ergänzung des innerbetrieblichen Regelwerkes um die Themen Geschenkkannahmen, Datensicherheit udgl., die Prozessevaluierung und -optimierung der Abteilung Zentrale Verwaltung, das Bauprojekt

Bürogebäude Plößlgasse 2, die anstehenden Software-Umstellungen, die Wahlvorbereitung 2014 in Verbindung mit Bereich Information, die Konzeption einer Austrittsphase für ausscheidende MitarbeiterInnen, Richtlinien zur Inseratenvergabe inkl Meldungen nach dem Medientransparenzgesetz und der laufenden Evaluierung des Schaltvolumens und der Mediaagentur, Dokumentation im Bereich Medien- & Kommunikation und Umsetzung des Lobbying- und Interessensvertretungsgesetzes für die AK und BAK.

Auf Frage von **Schütz** nach der BAK-Kampagne 2013 und der Suche nach einer Agentur erklärt **Muhm**, dass für diese Kampagne eine Fortsetzung jener von 2012 darstellt und deshalb wieder von der Agentur TBWA durchgeführt wird. Das zentrale Thema unter dem Kommunikationsdach „Gerechtigkeit muss sein“ wird Verteilungsgerechtigkeit sein. Der BAK-Vorstand wird darüber in rd. einer Woche zu entscheiden haben.

⇒ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.3 Beratung – Trenner

Im Bereich arbeitsrechtlicher Beratung und Rechtsschutz stehen - wie **Trenner** ausführt - aus Anlass der Beendigung der Übergangsfristen für die Öffnung des Arbeitsmarktes die Durchsetzung des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes im Mittelpunkt. Weiters wird die Aufarbeitung der Erledigungen der gerichtlichen Auseinandersetzungen die am Arbeits- und Sozialgericht Wien untersucht werden.

Der Bereichsleiter verweist abschließend auf die Auswirkungen der Wirksamkeit des Strafrechtsschutz-Regulativs. Seit Bestehen des Strafrechtsschutz-Regulativs wurden insgesamt 37 Anträge auf Unterstützung im arbeitsrechtlichen Verfahren auch für das Strafverfahren gestellt, davon wurden 32 Anträge positiv erledigt und wurde den Antragstellern bedingter Rechtsschutz für das Strafverfahren gewährt. 5 Antragsteller mussten abgelehnt werden, da sie die Voraussetzungen für den Strafrechtsschutz laut Regulativ nicht erfüllt haben.

⇒ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Aschauer-Nagl geht einleitend auf das Arbeitsprogramm ihres Bereiches ein und referiert die wichtigsten Vorhaben. Ein zentrales – alle Bereiche übergreifendes - Projekt ist das Diversitäts-Mainstreaming, in welchen es um die Frage geht, inwiefern Personen mit Migrationshintergrund gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben in Wien - insbesondere bei Bildung und als KonsumentInnen - tatsächlich teilhaben können, bzw. welche konkreten Fördermaßnahmen in Zukunft notwendig sind um diese Teilhabe zu gewährleisten. Im Bildungsbereich geht es um die bessere Vereinbarkeit von Bildung, Beruf und Privatleben. Ein Schwerpunkt bildet die Ganztagschule. Weiters werden Aktivitäten gesetzt um frühen Schulabbruch zu verhindern, die soziale Durchlässigkeit zum Hochschulsektor zu erhöhen und das Nachholen von Abschlüssen für alle ohne Gebühren zu erreichen. Im Konsumentenbereich geht es darum, eine leistbare Wohnversorgung zu thematisieren und durchzusetzen, KonsumentInnen vor Nachteilen bei Finanzdienstleistungen zu schützen und das Preismonitoring fortzuführen. Kommunalpolitisch wird die AK sich stärker in kommunalpolitische Fragen einbringen, die Zeitschrift „AK Stadt“ ausbauen, den Stadtentwicklungsplan Wien 2014 aktiv mitgestalten und sich mit „Leben und Arbeiten in der Stadt“, insbesondere unter Berücksichtigung sozial benachteiligter Gruppen, beschäftigen.

Anschließend kommentiert die Bereichsleiterin die instruktiven, den Vorstandsmitgliedern zugewandten, Unterlagen ihres Bereichs. Die Ergebnisse der internationalen

Bildungsvergleichsstudien PIRLS und TIMSS-Studie zeigen u.a. die Notwendigkeit von Professionalisierung und qualitative Verbesserung der Ausbildung der Pädagog/innen und eine Verlängerung der Kindergartenpflicht auf zwei Jahre, um Kinder bereits früh besser fördern zu können. Ziel muss eine universitäre Ausbildung aller Lehrer/innen und Kindergartenpädagog/innen plus verpflichtende Fortbildung sein. Jedenfalls müssen rasch Maßnahmen gesetzt werden, damit unser Bildungssystem chancengerechter wird.

Weiters berichtet **Aschauer-Nagl**, dass im November 2012 im Bildungszentrum der Arbeiterkammer Wien die 3. Enquete „Zukunft trotz(t) Herkunft“ zum Thema „Ganztagsschule“ stattfand. Ziel dieser Veranstaltungsreihe war es, über Institutionsgrenzen hinweg, ExpertInnen und PraktikerInnen zu Wort kommen zu lassen bzw neue Konzepte zu erarbeiten und zu diskutieren, die dazu beitragen, allen Kindern und Jugendlichen – unabhängig von den unterstützenden Möglichkeiten ihres Elternhauses – von Anfang an gute und chancengerechte Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten zu eröffnen. Die Veranstaltungsreihe ist eine Kooperation von Armutskonferenz, bildungsgrenzenlos und Arbeiterkammer Wien. Ein voller Erfolg war auch die zum 11. Mal von der AK Wien von 21. bis 24.11.2012 in Kooperation mit dem Stadtschulrat für Wien durchgeführten "L14-Bildungs- und Berufsinformationstage" im BIZ der Arbeiterkammer Wien. Mit dieser Veranstaltung konnte die AK nicht nur mehr als ein Drittel aller 13- und 14-Jährigen Schülerinnen und Schüler in Wien erreichen, sondern auch zahlreiche Eltern. Weiters verweist die Bereichsleiterin auf die erfolgreiche Fortführung der Elterninformationsabende in den Sprachen Deutsch, B/K/S (Bosnisch/Kroatisch/Serbisch) und Türkisch in sechs Bezirken: Leopoldstadt, Margareten (in Kooperation mit Wieden und Mariahilf), Alsergrund, Simmering, Ottakring und Brigittenau jeweils in Kooperation mit Neuen Wiener Mittelschulen sowie der MA 17 und macht in diesem Zusammenhang auf die Projekte und Leistungen der Abteilung Bildungspolitik für die Zielgruppe Personen mit Migrationshintergrund aufmerksam. Um das Vorschlags- und Verbesserungsmanagement an den Hochschulen und dessen Vorteile für Studierende und Hochschulen ging es in einer zusammen mit der Ombudsstelle für Studierende, dem Wissenschaftsministerium und der Wirtschaftskammer Österreich gemeinsam durchgeführten Veranstaltung am 15. 11.2012.

Eingehend auf Kommunales berichtet **Aschauer-Nagl**, dass gleichzeitig zur Diskussion und Einführung der Erweiterung der Parkpickerlzone von der Stadt Wien eine Arbeitsgruppe - die sich mit der künftigen möglichen Weiterentwicklung der Parkraumbewirtschaftung beschäftigt - installiert wurde. In der Arbeitsgruppe waren neben den Magistratsdienststellen auch VerkehrsexpertInnen, VertreterInnen der Verkehrsclubs VCÖ und ARBÖ, ÖAMTC, BezirksvertreterInnen, Verkehrssprecher der Regierungsparteien sowie die Arbeiterkammer vertreten. Die Unterlage zum Wiener Budgetvoranschlag 2013 besprechend bemerkt die Bereichsleiterin, dass nach wie vor das Budget der Stadt Wien in Form eines Transferhaushaltes abgebildet wird. Dieses wird u.a. bei den diversen Ausgliederungen klar ersichtlich. Hier überträgt das Land Wien Aufgaben, die es bisher selbst erfüllt hat, auf einen Rechtsträger öffentlichen oder privaten Rechts. Es handelt sich dabei im Regelfall um eine neu geschaffene juristische Person, die in einem Nahverhältnis zum Land Wien steht. Die Aufgabenerfüllung unterliegt privatwirtschaftlichen Strukturen und Managementpraktiken bei gleichzeitiger Bindung an das Land. Tiefere Einblicke in diese Strukturen sind aus dem Budget heraus nicht möglich. Daraus ergibt sich neben Detailforderungen zu einzelnen Positionen aus Gründen der Transparenz die Forderung der AK nach einer Weiterentwicklung des Wiener Rechnungswesens in Richtung einer integrierten Vermögens-, Finanz- und Erfolgsrechnung.

Abschließend verweist **Aschauer-Nagl** auf die konsumentenpolitischen Aktivitäten für regulatorische Maßnahmen um Netzneutralität abzusichern und auf die Untersuchung über Ratenkäufe.

In der nachfolgenden Diskussion weist **Tamandl** auf die Aktion der Diakonie „Lernen mit leerem Bauch“ hin und fragt, ob die Möglichkeit einer Unterstützung durch die AK besteht. **Aschauer-Nagl** bedankt sich für den Hinweis und wird sich die Aktion anschauen. **Stranzl** verweist auf die Benachteiligung von rd 15.000 WochenpendlerInnen (die zum Teil auch Zweitwohnsitze in Wien

haben) hin und kein Parkpickerl bekommen. Die Bereichsleiterin verspricht das Anliegen zu prüfen. Auf Nachfrage von **Tamandl** meint **Stranzl**, dass diese Wochenpendler mit Zweitwohnsitzen doppelt, nämlich sowohl steuerlich wie auch durch das Nicht-Parkpickerl, benachteiligt sind. **Fetik** macht auf die budgetäre Kürzung der Frauenförderung in Wien aufmerksam und fragt welche bisherigen Aktivitäten dadurch wegfallen werden. **Aschauer-Nagl** verspricht der Causa nachzugehen und **Fetik** entsprechend zu informieren. Mit Verweis auf einen Artikel in der Zeitschrift „Heute“ vom 16.1.2013 über eine „Bankomatkarte ohne Code“ (vgl. „Heute“ 16.1.2013 http://www.heute.at/news/wirtschaft/art23662_843709) fragen **Schütz** und **Teiber**, wie dies aus konsumentenpolitischer Sicht zu sehen ist. **Tumpel** sieht in dem Vorhaben noch offene Haftungsfragen und verspricht, dass sich die AK die Causa genau ansehen wird. **Aschauer-Nagl** gibt bekannt darüber im nächsten Vorstand zu berichten.

➔ **Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.**

3.5 Information – Ficzko (entschuldigt)

Muhm verweist in Vertretung von **Ficzko** auf die vom Bereich vorbereiteten Unterlagen sowie in Bezugnahme auf das Arbeitsprogramm 2013 auf AK-Wahlvorbereitung hin.

Kludak fragt, von wem im Rahmen der AK-Wahlvorbereitung die im Arbeitsprogramm genannten 1500 Kontaktpersonen („Projekt 1500“) ausgewählt wurden, zumal auch er damals bei der Stimmenauszählung beteiligt war. **Muhm** erklärt, dass dies jene Kolleginnen und Kollegen sind, die bei der Installierung und Betreuung der Betriebswahlsprengel geholfen haben.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.6 Soziales – Kundtner

Auch **Kundtner** referiert einleitend die Projekte aus dem Arbeitsprogramm "Soziales": So geht es in einem Projekt in Hinblick auf die Fortführung des "Bad Ischler-Prozesses 2012" um die Förderung der Prävention im Gesundheitssystem, was zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit beiträgt, in einem anderen um die Weiterentwicklung der sozialstaatlichen Absicherung durch Ausweitung des Angebots an Sachleistungen.

Weiters wird der Abhängigkeitsquotenrechner (AQR) weiterentwickelt und dessen Vermarktung gefördert, eine Quantifizierung der „Kosten“ von sozialpolitischen „Nicht-Handeln“ durchgeführt und die österreichische „Ausbildungsgarantie“ als europäisches Best-Practice-Modell positioniert werden sowie die Grundlagenarbeit im Bereich der allgemeinen Sozialpolitik vorangetrieben. Als relevante Vorhaben im Bereich Soziales sind u.a. die Studie „Betriebliche Mitbestimmung in Österreich“, die Vorbereitung des Gesundheitsberuferegisters, die Umsetzung der Novelle zum ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG), die Weiterentwicklung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Umsetzung des Sozialrechts-Änderungsgesetz 2012 (SRÄG 2012) sowie die Durchführung eines "Diversitäts-Jour fixe" und Arbeiten zur Vereinfachung des Kinderbetreuungsgeldgesetzes, die Präsentation eines AK-Wiedereinstiegsmonitorings und eine Studie über "Neue Arbeitsformen im Grenzbereich unselbständig - selbständig" sowie eine "Vertragsklauselbefragung 2012/2013" zu nennen.

Eingehend auf die Berichtspunkte erwähnt die stellvertretende Direktorin den "Qualifikationsplan Wien 2020", der eine Reduktion des Anteiles formal gering qualifizierter ArbeitnehmerInnen in Wien durch Nachholen formaler Bildungsabschlüsse bringen soll. Die AK ist aktiv in Umsetzungssteuerung eingebunden und kann durch die Mitwirkung in den Leitungsgremien des AMS Wien und des WAFF ihre Positionen im Umsetzungsprozess einbringen. Es geht um die Anerkennung von formalen

ausländischen Bildungsabschlüssen, ein Anerkennungssystem für non-formal und informell erworbene berufliche Kompetenzen; um zwischen WAFF und AMS abgestimmte Weiterbildungsförderungen, egal ob betroffene Person gerade beschäftigt oder arbeitslos ist, um eine Reduktion der nicht oder negativ abgeschlossenen Lehrabschluss-Prüfungen und eine Unterstützung von Jugendlichen ohne Orientierung auf Weiterbildung nach der Pflichtschule.

Abschließend berichtet **Kundtner** über eine Online-Befragung von BetriebsrätInnen zu den Einkommensberichten, welche 572 Rückläufe brachte. Die zentralen Ergebnisse waren: 50 % sagen, dass der Einkommensbericht erstellt wurde, in 11 % der Fälle wurde kein Bericht erstellt. Allerdings wissen 39 % nicht, ob der Bericht erstellt wurde, was auf Probleme der Kommunikation innerhalb des Betriebsrates hindeutet. Mehr als die Hälfte der BetriebsrätInnen finden den Bericht nützlich, insbesondere bringt das zusätzliche Information. 27 % meinen, dass sich der Arbeitgeber mit der Einkommensschere auseinandersetzt, in 22 % der Fälle zeigt der Arbeitgeber Bereitschaft zu Maßnahmen. 7 % meinen, dass der Arbeitgeber nicht kooperativ ist, 23 % erleben Unsicherheit wegen der Verschwiegenheit.

Fetik regt ein AKtuelle zu den neuen Vorschriften bzgl „Pendlerpauschale“ und bedankt sich für das AKtuelle zur Pflegefreistellung (http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d185/AKaktuell_Nr_2_2013.pdf), weitere Informationen zur Pflegefreistellung werden – wie **Kundtner** ausführt – jeweils auf der Homepage der AK veröffentlicht werden.

➔ **Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.**

3.7 Wirtschaft – Chaloupek

Chaloupek führt - in Hinblick auf das Arbeitsprogramm 2013 - aus, dass das Jahr 2013 stark von den Nachwirkungen der Finanzmarktkrise bzw. der Großen Rezession 2008/09 geprägt sein wird. Die nach dem unerwartet starken Aufschwung 2010/11 bereits 2012 wieder erfolgte Abschwächung der Konjunktur wird auch 2013 der Wirtschaftsentwicklung ihren Stempel aufdrücken. Österreich hat im Vergleich zu den EU-Ländern eine relativ günstige Position, doch werden auch bei uns die Problemlagen schwieriger – insbesondere beim Budget, im Finanzsektor, auch am Arbeitsmarkt.

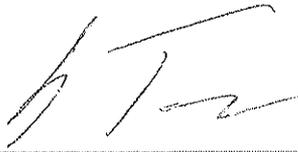
Die Fragen der wirtschaftspolitischen Konsequenzen der Krise werden vor allem die Arbeitsschwerpunkte bestimmen. Ein besonderer Schwerpunkt wird 2013 die Verteilung von Einkommen und Vermögen sein, in der Darstellung der relevanten Fakten und in ihren steuerpolitischen Konsequenzen. Daneben beinhalten die zentralen Felder der Wirtschaftspolitik wie Energie- und Klimapolitik, Daseinsvorsorge, Wettbewerbspolitik u.a. ebenso ihre Relevanz. Im Bereich der Makroökonomie wird weiter an einer Konkretisierung der Konzeption auf EU-Ebene für einen Kurswechsel, insbes. in langfristiger Perspektive, gearbeitet. Langfristige Orientierungen brauchen besonders die Energie- und Klimapolitik und die Daseinsvorsorge (für die soziale Kohäsion).

Abschließend berichtet **Chaloupek**, dass das WIFO im Dezember 2012 seine BIP-Wachstumsprognosen für 2012 und 2013 mit 0,6 bzw. 1,0 Prozent unverändert beibehalten hat, für 2014 wird ein leichtes Anziehen auf 1,8 Prozent erwartet. Dies ist aber zu wenig, um ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Der Verbraucherpreisanstieg bleibt bei knapp über 2 Prozent. Die Unsicherheit ist weiterhin sehr hoch, den Abwärtsrisiken aus dem internationalen Umfeld stehen allerdings auch einige inländische Aufwärtsrisiken gegenüber.

➔ **Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.**

4 Allfälliges

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **Tumpel** die Sitzung um 12:30 Uhr.



Der Präsident



Der Direktor



Protokoll